

**Verordnung über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in  
Verwaltungssachen  
(ZuSEVO)**

**Vom 10. Mai 1978**

**(BayRS II S. 319)**

**BayRS 2013-3-1-F**

Vollzitat nach RedR: Verordnung über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungssachen (ZuSEVO) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2013-3-1-F) veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch § 1 Abs. 34 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98) geändert worden ist

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Nr. 2 des Kostengesetzes<sup>1)</sup> erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

---

<sup>1)</sup> [Amtl. Anm.:] BayRS 2013-1-1-F

## § 1

(1) <sup>1</sup>Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer erhalten in Verwaltungssachen eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen<sup>2)</sup> in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1756) in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen wird.

(2) Abweichend von § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen kann die nach Absatz 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen zu gewährende Entschädigung bis zu 100 v.H. überschritten werden.

---

<sup>2)</sup> [Amtl. Anm.:] BGBl. FN 367-1

## § 2

(1) <sup>1</sup>Wird eine Behörde im Sinn des Art. 1 Abs. 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)<sup>3)</sup> als Sachverständiger tätig, bemißt sich die Entschädigung nach den für sie geltenden kostenrechtlichen Vorschriften. <sup>2</sup>Soweit solche nicht vorhanden sind, bemißt sich die Entschädigung nach den Sätzen des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen<sup>2)</sup> und § 1 Abs. 2.

(2) <sup>1</sup>Werden Angehörige von Behörden im Sinn des Art. 1 Abs. 2 BayVwVfG zu Sachverständigenleistungen herangezogen, die sie in Erfüllung ihrer Dienstaufgaben erbringen, ist die Entschädigung an die Behörde zu zahlen. <sup>2</sup>Absatz 1 gilt entsprechend.

---

<sup>2)</sup> [Amtl. Anm.:] BGBl. FN 367-1

<sup>3)</sup> [Amtl. Anm.:] BayRS 2010-1-1

## § 3

Die einem Zeugen, Sachverständigen, Dolmetscher oder Übersetzer zu gewährende Entschädigung wird von der Behörde festgesetzt, die die Heranziehung des Zeugen, Sachverständigen, Dolmetschers oder Übersetzers verfügt hat.

## § 4

Für bestimmte Verwaltungssachen können von den zuständigen Staatsministerien im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat abweichende Sonderregelungen getroffen werden.

## § 5

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1978 in Kraft<sup>4)</sup>.

(2) *(gegenstandslos)*

---

<sup>4)</sup> **[Amtl. Anm.:** Betrifft die ursprüngliche Fassung vom 10. Mai 1978 (GVBl. S. 177)